



Außenwirtschaft aktuell

06/2026

Seminare	4
Veranstaltungen und Unternehmerreisen	4
Fachkräfte im Fokus – Delegationsreise nach Usbekistan.....	4
Deutsch-Amerikanischer Wirtschaftstag in Mainz	5
Webinar zur Wareneinfuhr in die Ukraine	5
Internationaler Rohstoffdialog in Berlin.....	5
Webinar „Ten Years after Brexit – Wie geht es weiter?“	5
Webinar zur Exportkontrolle mit dem BAFA	5
Webinar zu KI im Welthandel	6
Zoll- und Außenwirtschaftsrecht	6
Algerien: Importe erst nach erfolgter Domizilierung möglich	6
Deutschland: Fragebogen zollrechtliche Bewilligungen aktualisiert	6
EU: Aktualisierter Informationsvermerk zur Dual-Use-Verordnung.....	6
EU: Ausfertigung von Lieferantenerklärungen für MERCOSUR-Staaten	7
EU: Aussetzung der Importzölle für Düngemittel.....	7
EU: Umsetzung der Handelsvereinbarung mit den USA	7
EU: Veröffentlichung der vorläufigen Vertragstexte des Abkommens mit Indien	7
EU: Verschärfte Vorschriften zu Handelspräferenzen für Entwicklungsländer.....	8
EU: Volldigitales Carnet ab 1. Juni 2026.....	8
EU: Wegfall der 150-Euro-Freigrenze bei Kleinsendungen.....	8
Norwegen: Übergangsfrist bei Pflanzengesundheitszeugnissen verlängert.....	9
Schweden: Neue Entsenderegelungen	9
USA: Einführung von eFiling für Konformitätsbescheinigungen	9
USA: Sanktionen im Überblick	10
USA: Zollsenkungen auf Waren mit Ursprung in Taiwan	10
Vereinigte Arabische Emirate: Handelsabkommen mit Südkorea und Aserbaidschan.....	10
Vereinigtes Königreich: Einführung von CBAM.....	10
Ländernotizen	11
China: Zwischen geopolitischem Druck und Modernisierung.....	11
Dänemark: Landwirte investieren in Klimaschutz und Hightech.....	11
Griechenland: Start-ups auf Wachstumskurs	11
Slowenien: EU-Förderung bietet Geschäftschancen	12
Ungarn: Ziele der neuen Regierung.....	12

Veröffentlichungen	12
DIHK-Ideenpapier zur EU-US-Rohstoffpartnerschaft.....	12
GTAI-Handbuch zum EU-Mercosur-Abkommen	13
Sonderauswertung der DIHK zur US-Handelspolitik.....	13
Verschiedenes	13
EU-Kommission will technologische Innovation im Verteidigungsbereich fördern.....	13
Impressum	14

Seminare

01.07.2026	Webinar	Zollrecht kompakt
31.08.2026	Webinar	Warenursprung und Präferenzen
01.09.2026	Webinar	Export und Zollabwicklung EU und Drittländer
10.09.2026	Webinar	Außenwirtschaftsverkehr mit Embargoländern: Systematik, Prüfung, Dokumentation
01.10.2026	Webinar	Außenwirtschaftsverkehr mit Embargoländern: Systematik, Prüfung, Dokumentation
03.11.2026	Webinar	Umsatzsteuer International
12.11.2026	Webinar	Lieferantenerklärungen 2026
26.11.2026	Webinar	Einreihen von Waren in den Zolltarif

Veranstaltungen und Unternehmerreisen

Fachkräfte im Fokus – Delegationsreise nach Usbekistan

Die IHK für Ostfriesland und Papenburg organisiert **vom 5. bis 10. Oktober 2026** eine **Delegationsreise zum Thema Fachkräftegewinnung nach Usbekistan**. Die Reise richtet sich an Unternehmen und Einrichtungen, die sich strategisch mit der Rekrutierung und Entwicklung internationaler Talente befassen möchten. Usbekistan ist das bevölkerungsreichste Land Zentralasiens und verfolgt seit einigen Jahren einen wirtschaftlichen Öffnungs- und Modernisierungskurs. Politische Stabilität, eine junge Bevölkerung und umfangreiche Reformen machen das Land zunehmend attraktiv für internationale Investoren und Kooperationspartner. Zudem fördert die Regierung in Taschkent die strukturierte und sozial abgesicherte Entsendung von Fachkräften ins Ausland und unterstützen Interessierte gezielt durch Sprach- und Bildungsangebote. Besonders hervorzuheben ist das große Interesse an der deutschen Sprache – rund 400.000 Menschen in Usbekistan lernen derzeit Deutsch, mehr als in jedem anderen asiatischen Land. Zusätzliche Impulse erhält diese Entwicklung durch eine im September 2024 vereinbarte deutsch-usbekische Migrations- und Mobilitätspartnerschaft, die die Beschäftigung usbekischer Fachkräfte und Auszubildender in Deutschland weiter erleichtert. Weitere Informationen zu der Reise finden Sie auf der [Internetseite der IHK für Ostfriesland und Papenburg](#).

Deutsch-Amerikanischer Wirtschaftstag in Mainz

Der [Deutsch-Amerikanische Wirtschaftstag \(DAWT\)](#) am **9. Juni 2026 ab 08:00 Uhr** in Mainz bietet Impulse zu internationalen Märkten, technologischen Innovationen und starken Partnerschaften sowie vielfältige Möglichkeiten zum transatlantischen Austausch und Networking.

Webinar zur Wareneinfuhr in die Ukraine

Ein kostenfreies Webinar von Germany Trade & Invest (GTAI) am **9. Juni 2026 von 13:30 bis 14:30 Uhr** gibt einen kompakten Überblick über die wichtigsten Grundlagen der Wareneinfuhr in die Ukraine: von Freihandelsabkommen über Einfuhrbeschränkungen bis hin zu Standards und Kennzeichnungspflichten. Unter anderem berichtet ein Logistikunternehmen aus der Praxis, wie Zollabwicklung und Transport unter den aktuellen Bedingungen tatsächlich funktionieren. Weitere Informationen und eine Anmelde­möglichkeit finden Sie auf der [Webseite von GTAI](#).

Internationaler Rohstoffdialog in Berlin

Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) lädt als Koordinatorin des weltweiten German Mining & Resources Network gemeinsam mit ihren Partnern zum [2. Internationalen Rohstoffdialog](#) am **17. Juni 2026 von 12:00 bis 17:00 Uhr** nach Berlin ein. Der Rohstoffdialog bringt Vertreterinnen und Vertreter des German Mining & Resources Network – der Auslandshandelskammern (AHK), der Deutschen Rohstoffagentur (DERA) und Germany Trade & Invest (GTAI) – sowie aus Wirtschaft, Verbänden und öffentlichen Institutionen zusammen. Ziel ist es, in einem offenen Dialog Schritte für eine nachhaltige Versorgung mit mineralischen Rohstoffen zu diskutieren und die gewonnenen Erkenntnisse in die weitere Arbeit des Netzwerks einfließen zu lassen.

Webinar „Ten Years after Brexit – Wie geht es weiter?“

Am 23. Juni 2026 jährt sich das Referendum zum Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU zum zehnten Mal. Germany Trade & Invest (GTAI) nimmt diesen Jahrestag zum Anlass für ein Webinar: Die kostenfreie Online-Veranstaltung am **23. Juni 2026 von 10:00 bis 11:00 Uhr** gibt Ihnen einen Überblick über Aktuelles aus den Bereichen Recht und Zoll und einen Ausblick auf die kommenden Entwicklungen. Weitere Informationen und eine Anmelde­möglichkeit finden Sie auf der [Webseite von GTAI](#).

Webinar zur Exportkontrolle mit dem BAFA

Die IHK Lüneburg-Wolfsburg bietet am **24. Juni 2026 von 10:00 bis 11:15 Uhr** ein kostenfreies Webinar zur Exportkontrolle mit dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) an. Im Fokus stehen zentrale Anforderungen für exportierende Unternehmen, etwa Genehmigungspflichten, Dual-Use-Güter, sensible Empfängerländer, Endverwendungen und aktuelle Sanktionen. Das BAFA gibt praxisnahe Einblicke in Zuständigkeiten, Verfahren und typische Fragestellungen aus dem Unternehmensalltag. Teilnehmende können eigene Fragen und Themenwünsche bereits bei der Anmeldung einreichen, die nach Möglichkeit im Webinar aufgegriffen werden. Weitere Informationen und eine Anmelde­möglichkeit finden Sie [hier](#).

Webinar zu KI im Welthandel

Germany Trade & Invest (GTAI) veranstaltet **am 9. Juli 2026 von 10:00 bis 11:00 Uhr** ein kostenfreies Webinar zum Thema Künstliche Intelligenz (KI) im Welthandel. Beantwortet werden praxisrelevante Fragen wie: "Gilt das Zollrecht auch im Internet?" oder "Wie ist der Marktzugang für digitale Dienstleistungen geregelt?". Ebenso beleuchtet wird, mit welchen Inhalten generative KI trainiert werden darf oder ob KI-Output Urheberrechtsschutz genießen kann. Weitere Informationen und eine Anmeldeöglichkeit finden Sie auf der [Webseite von GTAI](#).

Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

Algerien: Importe erst nach erfolgter Domizilierung möglich

Neue Vorgaben verpflichten algerische Importeure, die Bankdomizilierung vor dem Versand der Ware aus dem Ausland abzuschließen. Die algerische Zentralbank hat mit der Mitteilung Nr. 01/DGC/2026 vom 14. Mai 2026 neue Vorgaben für die Importabwicklung eingeführt. Künftig ist jede Einfuhr von Waren an eine vorherige Bankdomizilierung gebunden. Der Versand durch den ausländischen Lieferanten darf erst erfolgen, nachdem die Importtransaktion bei einer zugelassenen Bank registriert (domiziliert) wurde. Deutsche Exporteure sollten daher sicherstellen, dass das Datum auf Transport- und Versanddokumenten nach dem Datum der Bankdomizilierung liegt und den Versand erst nach erfolgter Domizilierung veranlassen. Die Regelung gilt nicht für Waren, die bereits vor Veröffentlichung der Mitteilung versandt wurden. Maßgeblich ist das Datum im jeweiligen Transportdokument.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Deutschland: Fragebogen zollrechtliche Bewilligungen aktualisiert

Der Zoll hat am 20. Mai 2026 seinen [Fragebogen zollrechtliche Bewilligungen](#) umfassend überarbeitet und aktualisiert

Quelle: Generalzolldirektion (GZD)

EU: Aktualisierter Informationsvermerk zur Dual-Use-Verordnung

Die Europäische Kommission hat ihren [Überblick zur Umsetzung der Dual-Use-Verordnung](#) überarbeitet und zeigt nationale Besonderheiten bei Exportkontrollen, wie beispielsweise zusätzliche Genehmigungspflichten, Regelungen zu technischer Unterstützung oder innergemeinschaftlichen Verbringungen. Unternehmen sollen somit mehr Transparenz über Zuständigkeiten und Anforderungen in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten erhalten.

Quelle: Europäische Kommission

EU: Ausfertigung von Lieferantenerklärungen für MERCOSUR-Staaten

Für die Ausfertigung von Lieferantenerklärungen ist die offiziell zulässige Abkürzung für die MERCOSUR-Staaten "MERCOSUR". Laut der [Zollverwaltung](#) ist zwingend die Nennung von "MERCOSUR" erforderlich. Einzelne Staaten allein aufzuführen, ist nicht ausreichend. Sie müssen nicht zusätzlich zu "MERCOSUR" aufgeführt werden, können allerdings in Klammern genannt werden.

Quelle: Generalzolldirektion (GZD)

EU: Aussetzung der Importzölle für Düngemittel

Am 22. Mai 2026 hat der [Rat der EU](#) beschlossen, die Zölle auf wichtige stickstoffhaltige Düngemittel, die in der landwirtschaftlichen Produktion in den Mitgliedsstaaten verwendet werden, einschließlich Düngemittelrohstoffen wie Harnstoff und Ammoniak, für ein Jahr auszusetzen. Die Maßnahme zielt darauf ab, die Kosten für die Landwirte und die Düngemittelindustrie in der EU zu senken – laut der Europäischen Kommission werden dadurch schätzungsweise 60 Millionen Euro an Einfuhrzöllen eingespart. In der Praxis gilt die Aussetzung nur für Waren, die nicht bereits zollfrei aus Ländern in die EU eingeführt werden, die Präferenzzugang im Rahmen der Meistbegünstigungsklausel (MFN) genießen. Um jedoch die Interessen der EU-Hersteller zu wahren, ist die Maßnahme auf ein Kontingent begrenzt, das dem Volumen der MFN-Einfuhren im Jahr 2024 zuzüglich 20 Prozent der im selben Jahr aus Russland und Belarus eingeführten Mengen entspricht. Die Aussetzung gilt nicht für Produkte, die aus Russland und Belarus importiert werden. Die Maßnahme tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft und gilt für ein Jahr. Die EU importiert bereits einen erheblichen Teil der Stickstoffdünger zollfrei aus Ländern, die von einem präferenziellen Zugang zum Unionsmarkt profitieren.

Quelle: Rat der Europäischen Union (EU)

EU: Umsetzung der Handelsvereinbarung mit den USA

Der Ratsvorsitz und das Europäische Parlament haben am 20. Mai 2026 eine [vorläufige Einigung](#) über zwei Verordnungen erzielt, mit denen die zollbezogenen Aspekte der am 21. August 2025 vereinbarten gemeinsamen Erklärung der EU und der USA umgesetzt werden sollen. Konkret sollen Zollsenkungen für Einfuhren aus den USA umgesetzt werden. GTAI hat [weitere Informationen](#) zusammengestellt.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

EU: Veröffentlichung der vorläufigen Vertragstexte des Abkommens mit Indien

Die [vorläufigen Vertragstexte](#) des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Indien sind veröffentlicht worden. Zollabbaupläne und produktspezifische Ursprungsregeln stehen noch aus.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

EU: Verschärfte Vorschriften zu Handelspräferenzen für Entwicklungsländer

Der Rat der EU hat am 22. Mai 2026 die [überarbeitete Verordnung](#) über das Allgemeine Präferenzsystem (APS) förmlich angenommen, mit der Entwicklungsländern Handelspräferenzen der EU gewährt werden. Damit wird der Zusammenhang zwischen dem präferenziellen Zugang zum EU-Markt und der Achtung der Menschenrechte, der Arbeitnehmerrechte, des Umweltschutzes und der guten Regierungsführung gestärkt. Der überarbeitete Rahmen verstärkt die Überwachung und erweitert die Liste der internationalen Übereinkommen, die die begünstigten Länder einhalten müssen. Er führt ein schnelleres Verfahren zur Aussetzung von Handelspräferenzen bei schwerwiegenden Verstößen gegen diese Übereinkommen ein, insbesondere gegen internationale Abkommen zum Klimawandel und zum Umweltschutz. Die Verordnung stellt zudem erstmals eine Verbindung zwischen Handelspräferenzen und der Zusammenarbeit in den Bereichen Migration und Rückübernahme her. Die überarbeitete Verordnung stärkt zudem die Schutzmaßnahmen zum Schutz der EU-Erzeuger im Falle eines plötzlichen Anstiegs der Einfuhren aus begünstigten Ländern, einschließlich eines spezifischen Schutzmechanismus für Reiseinfuhren. Um schwerwiegende Störungen des EU-Reisemarktes zu vermeiden, kann die EU, falls die Reiseinfuhren deutlich über das normale Niveau steigen, vorübergehend Zölle auf diese Einfuhren wieder einführen. Die Verordnung wird nun unterzeichnet und im Amtsblatt der EU veröffentlicht. Sie tritt am 1. Januar 2027 in Kraft.

Quelle: Rat der Europäischen Union (EU)

EU: Volldigitales Carnet ab 1. Juni 2026

Seit dem 1. Juni 2026 stellt die EU gemeinsam mit der Schweiz, Norwegen und dem Vereinigten Königreich auf volldigitale Carnets um. Neue Carnets für diese Länder werden dann ausschließlich in elektronischer Form ausgestellt. Die Abfertigung bei den Zollstellen erfolgt über einen QR-Code, der das bisherige Zusammenspiel aus Papierdokument und Stempel ersetzt. Die rechtliche Grundlage für Carnets, der Verwendungszweck und die Nämlichkeitssicherung durch den Zoll hingegen bleiben unverändert – lediglich das Trägermedium (App statt Papierheft) und die Abfertigungsmodalitäten (QR-Code statt Stempel) ändern sich. Für Anwender bringt das volldigitale Carnet wesentliche Vorteile mit sich. So steht das Dokument deutlich schneller zur Verfügung, da es unkompliziert über eine mobile App heruntergeladen werden kann. Gleichzeitig besteht kein Risiko mehr, wichtige Dokumente zu verlieren, da diese nun digital gespeichert sind und nicht mehr physisch mitgeführt werden müssen. Zudem ermöglicht die digitale Lösung eine schnellere Abwicklung an den Grenzzollstellen. Die IHK für Ostfriesland und Papenburg hat umfassende Informationen zum volldigitalen Carnet sowie konkrete Handlungsempfehlungen für Unternehmen auf ihrer [Internetseite](#) zusammengestellt. Auch der deutsche Zoll informiert auf seiner [Webseite](#).

Quelle: Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)

EU: Wegfall der 150-Euro-Freigrenze bei Kleinsendungen

Ab dem 1. Juli 2026 wird auf Einfuhren von Waren im Fernabsatz (zum Beispiel Kleinsendungen im eCommerce) in die EU mit einem Warenwert bis zu 150 Euro ein Pauschalzollbetrag in Höhe von drei Euro je angemeldeter Warenposition erhoben. Das bedeutet, dass für jede einzelne Warenkategorie der Sendung (also je angemeldeter Position der Zollanmeldung), die sich in einem Paket befindet, jeweils drei Euro fällig werden - je nachdem, ob und in welche unterschiedlichen Unterposition des Zolltarifs die Waren fallen.

Ausschlaggebend ist 6-stellige Warennummer (HS-Unterposition). Beispiel: Ein Paket enthält ein T-Shirt aus Baumwolle und zwei Paar Sport-Schuhe. Da die Waren unter zwei verschiedene HS-Unterpositionen des Zolltarifs fallen, enthält das Paket somit zwei verschiedene Warenarten, die dann mit gesamt sechs Euro verzollt werden.

Quelle: Generalzolldirektion (GZD)

Norwegen: Übergangsfrist bei Pflanzengesundheitszeugnissen verlängert

Für Exporte von Pflanzen und deren Erzeugnissen nach Norwegen gelten neue Pflichten, wenn die Ware aus einem anderen EU-Staat stammt und über Deutschland ausgeführt wird. Grundsätzlich werden künftig ein Pflanzengesundheitszeugnis aus dem Ursprungsland sowie ein Wiederausfuhrzeugnis aus Deutschland verlangt. Das Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) teilte nun mit, dass die zuvor festgelegte [Frist zur Anerkennung von Vorausfuhrzeugnissen](#) als Anhang zu Pflanzengesundheitszeugnissen bis zum 1. August 2026 verlängert worden ist.

Quelle: Julius Kühn-Institut (JKI)

Schweden: Neue Entsenderegelungen

Nach schwedischem Recht lösen auch kurzfristige Entsendungen nach Schweden Meldepflichten aus. Im Einzelfall kann sogar eine steuerliche Registrierung erforderlich werden. GTAI hat [weitere Informationen](#) zusammengestellt.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

USA: Einführung von eFiling für Konformitätsbescheinigungen

Ab dem 8. Juli 2026 gilt in USA das sogenannte eFiling-Programm für alle inländisch hergestellten und importierten Konsumgüter, die einem verbindlichen Sicherheitsstandard unterliegen und somit eine Zertifizierung erfordern. Das eFiling ermöglicht es Importeuren regulierter Waren, bestimmte Datenelemente aus einer Konformitätsbescheinigung elektronisch an die US-Zoll- und Grenzschutzbehörde (U.S. Customs and Border Protection/CBP) zu übermitteln. eFiling ändert nicht die geltenden Sicherheitsanforderungen bestimmter Produkte und Sendungen. Durch die Bereitstellung bestimmter Informationen kann die CPSC die Einfuhr von Hochrisikoprodukten in die USA gezielter kontrollieren und somit die Verbraucher schützen. Ferner soll der Prozess dazu beitragen, die Produktinspektionen effizienter zu gestalten und Wartezeiten für konforme Produktimporteure zu reduzieren. [Weitere Informationen](#) finden Sie bei GTAI.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

USA: Sanktionen im Überblick

GTAI hat eine [Übersicht](#) über die Sanktionen der Vereinigten Staaten zusammengestellt. US-Sanktionsvorschriften erfassen auch Exporte außerhalb des US-Territoriums.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

USA: Zollsenkungen auf Waren mit Ursprung in Taiwan

Rückwirkend zum 1. Mai 2026 werden einige Zölle auf Waren mit Ursprung in Taiwan bei der US-Einfuhr gesenkt. Die USA und Taiwan hatten Anfang 2026 zunächst ein Memorandum of Understanding (MOU) unterzeichnet, das unter anderem Anpassungen bestimmter Zölle vorsieht, gefolgt von einem weitergehenden Handelsabkommen, welches jedoch noch nicht in Kraft ist. Aktuell wird nur das MOU umgesetzt: Es beinhaltet Änderungen am US-Zolltarif, insbesondere die Reduzierung oder Anpassung von Zöllen auf taiwanische Fahrzeuge sowie entsprechende Teile, sowie Holz- und Holzderivate und die vollständige Aufhebung bestimmter Zusatzzölle auf Stahl-, Aluminium- und Kupferprodukte, wenn diese in Flugzeugkomponenten aus Taiwan verwendet werden.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Vereinigte Arabische Emirate: Handelsabkommen mit Südkorea und Aserbaidschan

Zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) und Aserbaidschan ist am 15. April 2026 ein umfassendes Wirtschaftspartnerschaftsabkommen in Kraft getreten. Das Abkommen soll den Marktzugang für Exporteure beider Länder erleichtern, indem es Zölle für den Großteil der gehandelten Waren und Dienstleistungen abbaut oder senkt. Zugleich soll es die Zusammenarbeit des Privatsektors sowie kleine und mittlere Unternehmen stärken. Am 1. Mai 2026 trat zudem ein Handelsabkommen mit Südkorea in Kraft. Für Südkorea ist dies das erste Freihandelsabkommen mit einem Staat des Golfkooperationsrats (GCC) und der MENA-Region. Das Abkommen sieht den Abbau oder die Senkung von Zöllen auf über 90 Prozent des bilateralen Waren- und Dienstleistungshandels vor.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Vereinigtes Königreich: Einführung von CBAM

Ab 2027 soll auch im Vereinigten Königreich ein CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) wirksam werden. Details zur Umsetzung dieser Emissionsabgabe auf Einfuhren und zu den betroffenen Waren hat GTAI in einem [Online-Artikel](#) zusammengestellt.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Ländernotizen

China: Zwischen geopolitischem Druck und Modernisierung

Chinas Wirtschaft lief im ersten Quartal 2026 besser als erwartet. Doch der schwelende Handelskrieg mit den USA und die Folgen des Irankriegs bremsen die Dynamik. Zugleich gewinnt das Land international an Gewicht, wie die Besuche von US-Präsident Trump und Russlands Präsident Putin im Mai 2026 zeigten. Eine komplexe Situation für deutsche Firmen vor Ort. China will bis 2030 smarter, grüner, effizienter und letztlich noch wettbewerbsfähiger werden. Das 15. Fünfjahresprogramm für 2026 bis 2030 setzt auf die Modernisierung traditioneller Industrien durch Automatisierung, Robotik und KI sowie auf technologische Unabhängigkeit und Zukunftsbranchen wie Quantentechnologie, Fusionsenergie und G6. Das dürfte den globalen Einfluss chinesischer Standards stärken. Auch Sicherheit und Stabilität prägen das Fünfjahresprogramm. Vorgesehen sind der Ausbau nichtfossiler Energien auf 25 Prozent des Primärenergieverbrauchs, robustere Lieferketten etwa bei Halbleitern sowie eine stärkere internationale Expansion chinesischer Unternehmen und Internationalisierung der chinesischen Währung. Für deutsche Firmen bedeutet das mehr Wettbewerb durch chinesische Anbieter in China und auf Drittmärkten. Gleichzeitig können sie vor Ort vom innovativen Umfeld profitieren und mit chinesischen Kunden in China und international wachsen.

Weitere Informationen: [China zwischen Modernisierung und geopolitischem Druck](#)

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Dänemark: Landwirte investieren in Klimaschutz und Hightech

Nach schwachen Jahren stabilisiert sich Dänemarks Landwirtschaft wieder. Steigende Investitionen, hohe Digitalisierung und strengere Klimaauflagen prägen den aktuellen Wandel. Digitale und automatisierte Verfahren sind weit verbreitet und prägen die weitere Modernisierung, auch wenn das Wachstumstempo zuletzt nachließ. Klimapolitik und Förderprogramme setzen klare Leitplanken für Effizienz und Nachhaltigkeit und treiben den strukturellen Wandel der Branche voran.

Weitere Informationen: [Branche kompakt - Dänemarks Landwirte investieren in Klimaschutz und Hightech](#)

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Griechenland: Start-ups auf Wachstumskurs

Kapitalgeber investierten im Jahr 2025 rund 730 Millionen Euro in 95 griechische Start-ups. Laut der Studie "FWD Greece Innovation Pulse 2025-2026" war das etwa ein Drittel mehr als 2024. Auch der Ausblick für 2026 bleibt optimistisch. Die Studie wurde gemeinsam von der griechischen Start-up Förder- und Bildungsplattform Found.ation, dem Europäischen Innovations- und Technologienetzwerk 28 Digital und der griechischen Entwicklungs- und Investitionsbank HDBI erstellt. Griechische Start-ups sind im Kern in den Bereichen künstliche Intelligenz (KI), Health- und Agritech sowie Technologien rund um Raumfahrt,

Verteidigung und Sicherheit aktiv. Die Bereitstellung von Unternehmenssoftware als Dienstleistung (SaaS) zählt weiterhin zu den beliebtesten Segmenten.

Weitere Informationen: [Griechische Start-ups auf Wachstumskurs](#)

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Slowenien: EU-Förderung bietet Geschäftschancen

Auch in der kommenden EU-Haushaltsperiode ab 2028 kann Slowenien mit umfangreichen Mittelzuweisungen rechnen. Nach ersten Vorschlägen der EU-Kommission ist für das Land ein Förderrahmen von 5,4 Milliarden Euro vorgesehen. Für deutsche Ausrüster ergeben sich daraus weiterhin potenzielle Geschäftsmöglichkeiten, zumeist in indirekter Form über Lieferverträge. Deutsche Unternehmen können sich zudem direkt an Förderausschreibungen beteiligen.

Weitere Informationen: [EU-Förderung in Slowenien](#)

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Ungarn: Ziele der neuen Regierung

Die neue ungarische Regierung, geführt durch den Premier Péter Magyar, hat viele Reformen angekündigt. Oberste Ziel sei die Rückkehr zu demokratischen Standards und zur Rechtsstaatlichkeit. Die neue Regierung setzt auf wirtschaftliche Stabilität, stärkere EU-Integration und Reformen. Wichtig dabei ist, dass man durch die Reduzierung der Regierungsdekrete mehr parlamentarische Kontrolle gewährleisten will. Ein weiteres Ziel ist die Modernisierung der Wirtschaft und der Abbau der Korruption. Dadurch soll ein innovatives Wirtschaftsmodell geschaffen werden, das die Kleinunternehmen entlastet. Die Überprüfung staatlicher Ausgaben und öffentlicher Aufträge soll verstärkt werden. Langfristig ist die Einführung des Euros geplant.

Weitere Informationen: [Ziele der neuen ungarischen Regierung](#)

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Veröffentlichungen

DIHK-Ideenpapier zur EU-US-Rohstoffpartnerschaft

Im April 2026 haben die EU und die USA eine Rohstoffpartnerschaft vereinbart. Die DIHK benennt in einem [Ideenpapier](#) konkrete Bedingungen, unter denen die Vereinbarung der deutschen Wirtschaft nützen kann.

Quelle: Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)

GTAI-Handbuch zum EU-Mercosur-Abkommen

GTAI hat ein [Handbuch zum EU-Mercosur-Abkommen](#) veröffentlicht, in welchem die zentralen Bestimmungen gebündelt werden und Unternehmen einen praxisorientierten, rechtlichen Einstieg vermittelt bekommen.

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Sonderauswertung der DIHK zur US-Handelspolitik

Die DIHK hat eine [Sonderauswertung](#) des AHK World Business Outlook Frühjahr 2026 zu den internationalen Auswirkungen der US-Handelspolitik veröffentlicht. Die Geschäftslage deutscher Unternehmen in den USA hat sich demnach im Frühjahr 2026 zwar spürbar aufgehellt, bleibt aber unterdurchschnittlich. Handelshürden und Unsicherheiten sind nach wie vor große Risiken.

Quelle: Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)

Verschiedenes

EU-Kommission will technologische Innovation im Verteidigungsbereich fördern

Die Europäische Kommission startet mit [AGILE](#) ein neues Förderinstrument zur Beschleunigung technologischer Innovationen im Verteidigungsbereich. Mit einem Budget von 115 Millionen Euro sollen insbesondere Start-ups sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) unterstützt werden, disruptive Technologien wie Künstliche Intelligenz, Quantentechnologie oder Drohnen schneller zur Marktreife zu bringen. Ziel ist es, Entwicklungs- und Förderprozesse deutlich zu verkürzen – Förderentscheidungen sollen bereits innerhalb von vier Monaten erfolgen, während neue Technologien innerhalb von ein bis drei Jahren einsatzbereit sein sollen.

Quelle: Europäische Kommission

Impressum

Herausgeber:

Industrie- und Handelskammer (IHK) für Ostfriesland und Papenburg

Ringstraße 4

26721 Emden

www.ihk-emden.de/international

Die Informationen werden mit größter Sorgfalt zusammengetragen, recherchiert und verarbeitet. Eine Gewähr für die Richtigkeit kann jedoch nicht übernommen werden. Weitere Informationen zu den einzelnen Meldungen können bei der IHK angefordert werden.